

**Informationsblatt
der DKP Berlin**

Den Lehrern
mehr Lohn,
den Kindern
neue Schulen

DKP



Deutsche Kommunistische Partei - Berlin

www.dkp-berlin.de

de.facebook.com/DKPBerlin

info@dkp-berlin.info

Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin



Berlins Lehrerinnen und Lehrer sollen besser bezahlt werden. Dafür setzt sich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ein. Doch Berlins Senat will davon nichts wissen, er verweigert sich Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft. Dabei sind die Arbeitszeiten immer länger, die Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer immer höher geworden. Und das seit Jahrzehnten. Den Beschäftigten reicht es nun, ihrer Gewerkschaft auch: Mit Warnstreiks wollen sie den uneinsichtigen Senat zu Gesprächen bewegen.

Doch es geht nicht nur um mehr Geld. Unermüdlich setzen sich die Lehrerinnen und Lehrer dafür ein, auch den Kindern von Geflüchteten eine gute Bildung zukommen zu lassen. Ihr Engagement hat vieles erst möglich gemacht. So etwa, dass es heute mehr als 700 „Willkommensklassen“ für Schülerinnen und Schüler gibt, die noch wenig Deutsch können. Das sind 30mal so viele wie noch vor einem Jahr.

Aber nun soll das Erreichte zunichte gemacht werden. Die Bezirke der Stadt planen, vermehrt in den Flüchtlingsunterkünften oder sogenannten Bildungstandorten unterrichten zu lassen. Tausende Kinder und Jugendliche hätten dann nicht mehr das Recht, eine reguläre Schule zu besuchen! Mit Berliner Kindern kämen die Geflüchteten dann nicht mehr in Kontakt.

Es gebe keinen Platz mehr, schiebt der Senat vor. Tatsächlich sind das aber Folgen ihrer Austeritätspolitik. „Sparen, sparen, sparen“ – das war in den vergangenen Jahren immer das Motto. In der Verwaltung wurden deshalb Stellen abgebaut. So haben es der Senat und die Bezirke über fünf Jahre verschleppt, den Sanierungsbedarf der Schulen schätzen zu lassen. Auch bei dringend benötigten Schulneubauten

wurde „gespart“. Gerade mal sieben soll es geben. Dazu sollen vier alte Standorte wieder in Betrieb genommen werden. Reichen wird das nicht: Für die kommenden Jahre würde es acht- bis zehnmal so viele neue Schulen brauchen. Auch der Senat hätte das wissen müssen, denn die Zahl der schulpflichtigen Kinder steigt seit Jahren.

Damit die Bemühungen der Lehrerinnen und Lehrerinnen nicht umsonst waren, muss nun etwas geschehen. Als Deutsche Kommunistische Partei (DKP) unterstützen wir die Beschäftigten in ihrer Forderung nach mehr Lohn. Darüber hinaus gilt:

- ✘ Das Recht auf einen Schulbesuch muss für alle gelten! Anstelle in den Flüchtlingsunterkünften unterrichten zu lassen, sollten modulare Unterrichts- und Gemeinschaftsräume an den Schulen aufgestellt werden. Dann können Kinder von Einheimischen und Geflüchteten auch zusammen lernen.**
- ✘ Neue Lehrerinnen und Lehrer müssen unbefristet beim Senat angestellt werden! Eine Fremdvergabe von Unterricht an „freie Träger“ darf es nicht geben. Sie wäre der nächste Schritt des Senats, wenn Geflüchtete nicht mehr in die Schulen kommen. Der Geldmacherei von Privatfirmen wäre dann Tür und Tor geöffnet.**
- ✘ Für die Planung von Neubauten und Schulsanierungen braucht es sofort neue Stellen in der Verwaltung! Für mehr schulpflichtige Kinder wird es auch mehr Schulen brauchen. Der Senat darf die Neubauten und Sanierungen nicht weiter verschleppen!**